43. 1. Müssen an dem Termine zur Urteilsverkündung dieselben Richter teilnehmen, welche in der Hauptverhandlung mitgewirkt haben?

2. Sind in diesem Termine noch neue Beweisangebote zulässig?

St. P. O. §§. 225. 259.

3. Trifft Art. IV. Nr. 2 der preuß. Verordnung vom 25. Juni 1867 betr. das Strafrecht und das Strafverfahren in den mit der Monarchie neu vereinigten Landesteilen (G. S. S. 921) auch vorbereitende Stadien des Promessenverkaufs, und kann das Merkmal „eine gewisse Serien- oder Obligationsnummer“ auch dann angenommen werden, wenn das schriftliche Anerbieten in dieser Beziehung bestimmte Angaben nicht enthält?

III. Straffenat. Ur. v. 11. Dezember 1880 g. St. Rep. 2553/80.

I. Landgericht Länabrück.

Aus den Gründen:

. . . „Begründet ist die Klage wegen Verletzung des §. 225 St. P. O. Eine Vergleichung der Protokolle über die Hauptverhandlung vom 4. August und über die Urteilsverkündung vom 11. August ergibt, daß der Amtsgerichtsrat B., welcher in der Hauptverhandlung als Richter mitgewirkt hat, im Publikationstermine nicht anwesend gewesen ist, und an Stelle desselben der Amtsgerichtsrat R. an diesem Termine als Richter teilgenommen hat. Mag nun immerhin das Urteil noch von dem Amtsgerichtsrat B. mitbeschlossen worden sein, so war doch dessen Vertretung im Publikationstermine unzulässig. Denn die Erlassung des Urteils ist ein Teil der Hauptverhandlung und letztere muß in ununterbrochener Gegenwart der zur Urteilsfindung berufenen Personen erfolgen. Vor der Verkündung ist das Urteil immer nur ein Entwurf; erst durch die Verkündung wird es zum Urteile und bis dahin ist daher auch jede Abänderung zulässig. Nach den §§. 219. 226 des Entwurfs und den Motiven konnte hierüber kein Zweifel obwalten. War es nach dem Standpunkt des Entwurfs überhaupt zulässig, die Urteilsverkündung auszusetzen, so mußte letztere doch jedenfalls in der durch §. 191 des Entwurfs, §. 228 des Gesetzes, geordneten Weise erfolgen, also spätestens am vierten Tage nach der Unterbrechung der Hauptverhandlung; daß aber die unterbrochene Hauptverhandlung

nur in Gegenwart der im ersten Termine mitwirkenden Richter fortgesetzt werden darf, ist außer Frage. Nun hat zwar der erste Satz des §. 226 des Entwurfs „die Verkündung des Urteils erfolgt durch Verlesung der Urteilsformel und Eröffnung der Urteilsgründe“ durch den Zusatz „am Schlusse der Verhandlung oder spätestens mit Ablauf einer Woche nach Schluß der Verhandlung“ in §. 267 des Gesetzes eine Änderung erfahren; es ist aber der Satz des §. 219 des Entwurfs „die Hauptverhandlung schließt mit der Erlassung des Urteils“ in §. 259 des Gesetzes aufrecht erhalten, und schon hieraus ergibt sich, daß die Erlassung des Urteils ein Teil der Hauptverhandlung ist, daß daher die in §. 267 nachgelassene einwöchige Frist nur als eine Erweiterung der viertägigen Frist des §. 228 für den Fall der Aussetzung der Urteilsverkündung erscheint. Es spricht auch die Natur der Sache dagegen, die Urteilsverkündung als einen bloßen Formalakt anzusehen, welcher nach beschlossener Urteile auch unter Mitwirkung an der Hauptverhandlung und Urteilsfindung nicht beteiligt gewesener Richter erfolgen könnte. Denn immer liegt bis zur Verkündung nur ein Entwurf vor; noch im Publikationstermine sind neue Beweisangebote, neue Erklärungen des Angeklagten etc. möglich, welche das Gericht zur Wiederaufnahme der Beweisverhandlungen, beziehungsweise nach Ablauf der Frist des §. 228 zur Erneuerung des Verfahrens veranlassen können; dasselbe kann von Amts wegen erfolgen, da keine Bestimmung den Richter an sein in der Beratung abgegebenes Botum bindet, der Richter daher noch unmittelbar vor der Verkündung von seinem Botum zurücktreten darf. Wenn die Zivilprozeßordnung in betreff der Urteilsverkündung von teilweise anderen Grundsätzen ausgeht und in den §§. 280—283 einen Gegensatz zwischen Fällung und Verkündung des Urteils aufstellt, so kann aus dieser der Strafprozeßordnung fremden Unterscheidung auf das Verfahren im Strafprozeß nicht zurückgeschlossen werden und zwar um so weniger, als sich die Stellung des Zivilrichters gegenüber den verhandelnden Parteien von der Stellung des Strafrichters gegenüber dem Angeklagten in den allerwesentlichsten Beziehungen unterscheidet.

Auch die materielle Beschwerde hat für begründet erachtet werden müssen.

Angeklagter hat angeblich vorrätige, nicht näher bezeichnete, in der Serie herausgekommene Lose der Köln-Mindener Prämienanleihe in

dem betreffenden Schreiben dem Adressaten zum Ankaufe in ganzen Losen oder aliquoten Teilen gegen einen, den sicheren niedrigsten Gewinn von 330 Mark erheblich übersteigenden Preis angeboten und zugleich bei Verzicht des Abnehmers auf den sicheren niedrigsten Gewinn den Preis entsprechend ermäßigt, dergestalt, daß der zu 790 Mark festgesetzte Preis im Falle des gedachten Verzichts sich nur auf 460 Mark stellt und der Preis für Losanteile sich in demselben Verhältnisse abmindert. Der Instanzrichter hat nun zwar aus der Form der Offerte entnehmen zu müssen geglaubt, daß es sich nicht um einen einfachen Verkauf von Losen oder Losanteilen gehandelt hat. Aus dieser Negation folgt aber nicht mit Notwendigkeit, daß nunmehr ein Promessenverkauf im Thatbestande des Art. IV Nr. 2 der preussischen Verordnung vom 25. Juni 1867 vorliegt. Wenn der Instanzrichter erwägt, daß Angeklagter durch Ermäßigung des Preises auf 460 Mark im Verzichts-falle und durch Teilung des Loses bei Abnahme von Bruchteilen seinen Kontrahenten selbständige Gewinn- und Verlustchancen eröffne, und wenn er diese Maßregel mit einer definitiven Übertragung von Losen und Losanteilen unvereinbar erachtet, so läßt er außer Acht, daß der Verzicht auf den sicheren niedrigsten Gewinn eben doch nur eine verhältnismäßige Ermäßigung des Preises um eben diesen sicheren Gewinn zur Folge hat, und daß ein Los oder Losanteil auch sehr wohl definitiv mit der Maßgabe übertragen werden kann, daß entweder sich der Verkäufer gewisse Chancen reserviert oder der Abnehmer sich verpflichtet, gewisse Gewinne eventuell heranzugeben. Der Instanzrichter hat aber weiter auch nicht geprüft, ob das Merkmal des Art. IV Nr. 2 a. a. D. „eine gewisse Serien- oder Obligationsnummer“ auch schon dann angenommen werden kann, wenn die Offerte keine bestimmten Angaben in dieser Beziehung enthält; er hat auch unerwogen gelassen, ob und unter welchen Voraussetzungen der Reat des Artikel IV Nr. 2 auch schon vorbereitende Stadien mit umfaßt. Beide Fragen stehen mit einander in Verbindung, und ihre Erörterung in Anwendung auf den vorliegenden Fall ist unerläßlich. Allerdings will Art. IV Nr. 2 a. a. D. nicht bloß das vollendete Promessengeschäft treffen, und es ergibt insbesondere die Betrachtung des zweiten Satzes: „ungleichen, wer Scheine, die eine solche Zusicherung enthalten, kauft, verkauft oder feilhält“^{2c}, daß jedenfalls schriftliche Anerbietungen, welche im übrigen den vom Gesetze bezeichneten Inhalt haben, auch schon vor Accept unter das Gesetz fallen.

Ob aber auch schon weitere vorbereitende Schritte vom Gesetze getroffen werden sollen, sofern nur überall ein schriftliches Sichanheischigmachen vorliegt, ob insbesondere auch von dem Erfordernisse der Bezeichnung einer bestimmten Serien- oder Obligationsnummer abgesehen und bei unbestimmter Offerte die stillschweigende Zusicherung der künftigen Bezeichnung einer bestimmten Nummer im Acceptfalle als ein selbstverständlicher Teil der Offerte betrachtet oder doch wenigstens in der Hinweisung auf vorrätige Lose eine ausreichende Bezeichnung gefunden werden kann, ist aus dem Wortlaute der Bestimmung nicht unmittelbar zu entnehmen. Die Prüfung und Beantwortung dieser Fragen war aber bei Erwägung der vorliegenden, eine bestimmte Nummer nicht enthaltenden Offerte nicht zu umgehen.

Die Feststellung des Delikts mit den Ausdrücken des Gesetzes entbehrt daher der ausreichenden rechtlichen und thatsächlichen Begründung, insbesondere der Angabe, worin das Merkmal „eine gewisse Serien- oder Obligationsnummer“ gefunden ist.“